

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (s. 1. 10. Hdbd., s. 1. Hft., Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie aus unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpenniger Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris. 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 3. November.

Ein Artikel der „Volks-Zeitung“ über die Vorträge in Arnim's Hotel zwingt uns zu einer Entgegnung. Anknüpfend an das Referat über den letzten Vortrag nimmt der Referent Gelegenheit, sich über den Socialismus überhaupt und insbesondere über die Lassalle'sche Richtung auszusprechen. Wir setzen zunächst die ganze Ausführung hierher, um dann auch unsererseits das Wort zu ergreifen. Der Referent der „Volks-Ztg.“ schreibt:

Wir sind den Schweizer'schen Vorträgen bis zum Schluss gefolgt und anerkennen die ruhige Objektivität derselben, welche Lassalle, dem Meister des Hr. v. Schweizer, so wenig eigen war. Ob Hr. v. Schweizer aber dem Socialismus deshalb mehr genügt hat, möchten wir bezweifeln. Für die letzten Ziele des Socialismus, die Abschaffung des Zinses, des Kapitalgewinnes und sogar des Geldes, als vermittelndes Tauschobjekt, geht unserer Gegenwart noch das Verständnis ab. Diese Ziele der Gegenwart zu agitatorischen Zwecken als erstrebenswert hinzustellen, um den socialistischen Ideen dadurch Anhänger zu verschaffen, ist eine verkehrte Taktik. Gleichwohl steht Referent dem Socialismus nicht so fern, um die befruchtenden Ideen desselben auch für die Gegenwart zu verkennen. Aber nur dem freien Staate, und nur diesem, gesteht Referent für die materielle Entwicklung seiner Bürger mehr als eine bloß passive, nur auf Befreiung von Verlehrsbindnissen gerichtete Rolle zu. Die Doktrin des „laissez aller“ ist nach Ansicht des Referenten weniger in dem reinen Begriffe der Staatsidee begründet, als sie ein Ausfluss und ein Nützlichkeitsprinzip der gegenwärtigen Staatsgestaltung ist. Und als solches Nützlichkeitsprinzip für den gegenwärtigen Staat erachten wir diese Doktrin als notwendig. Wir sagten schon zu Anfang, daß jeder Versuch unter dem gegenwärtigen Gesellschaftszustande die socialistische Theorie der Staatshilfe praktisch in Anwendung bringen zu wollen, unzweifelhaft zur politischen Reaction führen würde. Wir sehen davon ab, daß bei diesem Versuche von einer sich bedeckenden Produktion-Consumtion, den jetzigen gesellschaftlichen Zusammenhängen gegenüber, nicht die Rede sein kann; das Risiko würde vielmehr in vollem Maße bestehen bleiben. Wir sehen davon ab, daß bei einer Kreditoperation, wenn Zinsen und erborgtes Kapital abgetragen und die Productiv-Assoziationen für immer neu hinzutretende Arbeiter erweitert werden sollen, an eine Lohnsteigerung vorläufig schwerlich zu denken sein würde. Wir sehen davon ab, daß, wenn heute 100 Millionen aus der Erde gestampft und morgen plötzlich als wirkendes Kapital auf den Markt geworfen werden, diese Staatsproductiv-Assoziationen, da bis morgen Nachfrage und Bedürfnis nicht auf einen Stock um 100 Millionen wachsen, in blutige Konkurrenz mit dem Privatkapital treten müssen, wobei entweder die Staatsproductiv-Assoziation oder die konkurrierenden Privatunternehmer Bankrott gehen müssen, und wenn letztere, nicht etwa mit 100 Millionen, sondern vielleicht mit dem Doppelten; und während so 500,000 Arbeiter von Staatswegen Brod erhalten, würden 1,000,000 Arbeiter brodlos werden. Wir sehen endlich ab davon, daß es als ein Abfall von der reinen Lehre des Socialismus zu bezeichnen ist, wenn Anhänger des

Socialismus Hilfe von einer gegenwärtigen Regierung und nicht vom Volksstaat verlangen. Von der Regierung eines gegenwärtigen Staates, trotz allgemeinen gleichen Wahlrechts und Parlaments, darf wohl ein Wegener Hilfe fordern, nicht aber ein wirklicher Socialist. Die Arbeiterbataillone, welche Lassalle und Herr v. Schweizer und mit ihnen Herr Wegener in den gegenwärtigen Staat wie einen Keil einschleiben wollen, würden marschieren müssen, im Dienste der jeweiligen Staatsgewalt, die ihnen Brod giebt selbst gegen die Freiheit. Nur was sich in der Freiheit entwickelt, hat Bestand und Gedeihen. Dadurch, daß man vorzeitig mit Gewaltmitteln politische oder socialistische Einheitsstaaten herstellen will, verhindert man allerdings nicht die weltgeschichtliche Entwicklung zur Freiheit, aber man hält sie auf, und Hunger, Blut und Tränen bilden die Marksteine solcher Eingriffe in den ruhigen und allmählichen Gang der natürlichen Völkentwicklung. Nur in dem gemeinsamen Streben nach politischer Freiheit finden Alle in gleicher Weise ihre Rechnung, der entragröse Einheitsstaatler wie der Freihandelsmann und der Socialist.

Hierzu bemerkt in einer Nachschrift die Redaktion der „Volks-Ztg.“:

Wir sind in so fern nicht ganz der Ansicht unseres Referenten, als wir das, was die jetzigen Kritiker des Socialismus als Ideal der von ihnen angestrebten Zustände hinstellen, in seinem, auch in dem freibeitlich gehaltenden Staate nicht für ausführbar halten und außerdem die Doktrin des „laissez aller“ für mehr als den Ausfluss des Nützlichkeitsprinzips halten. Die Triebfeder der Industrie und der Einzelthätigkeit ist die Konkurrenz und die Aussicht auf die Beschaffung von erhöhten Genußmitteln, die dem Einzelnen als Lohn seiner Thätigkeit werden.

Zuvörderst haben wir hier zu bemerken, daß wir es bei dem nachfolgenden Tadel nicht mit der Redaktion der „Volks-Ztg.“ zu thun haben, sondern mit deren Referenten. Die „Volks-Ztg.“ hat sich — wie schon jüngst von social-demokratischer Seite hervorgehoben wurde — von allen fortschrittlichen Blättern dem Absolutismus gegenüber als das consequenteste erwiesen; wir müssen hinzufügen, daß sie auch der Arbeitersache, dem Socialismus gegenüber, Konsequenz an den Tag legt. Man kann den Standpunkt, den die Redaktion der „Volks-Ztg.“ in ihrer Nachschrift einnimmt, als unrichtig erkennen und dies thun wir gewiß; allein man muß zugeben, daß die Anschauung Sinn und Verstand hat, daß sie eine durchdachte, eine in sich consequente ist.

Ja, die Redaktion hat Recht, wenn sie hervorhebt, daß die Doktrin des „laissez aller“ „mehr als Ausfluss des Nützlichkeitsprinzips“ ist; denn allerdings ist die von der Bourgeoisie aufgestellte Idee des Staats, wernach dieser bloß für die Rechtssicherheit zu sorgen hat, diese Staatsidee der Bourgeoisie, welche sie für die Staatsidee schlechthin, für die absolute Staatsidee ausgibt, aus dem Wesen der bürgerlichen Verhältnisse mit innerer Nothwendigkeit hervorgegangen und dieser Staatsidee ist das „laissez faire“ wesentlich, und nicht ist dasselbe, wie sehr oberflächlich der Referent meint, bloß Nützlichkeitsfrage. Die Redaktion hat

ferner Recht, vom Standpunkte der Bourgeoisie natürlich nur Recht, wenn sie versichert, daß der Socialismus unter keinen Umständen, bei keiner Staatsform durchführbar sei und wenn sie hierbei den Nachdruck auf die freie Concurrenz, das Lebensprincip der bürgerlichen Gesellschaft, legt; die Auffassung der Redaktion ist eine correcte vom Standpunkte der Bourgeoisie und dieser Standpunkt selbst ist ein einseitlicher, in tatsächlichen Verhältnissen wohl begründeter; der Referent der „Volks-Ztg.“ aber hat gar keinen Standpunkt; er hat die Grundanschauung der Bourgeoisie so wenig begriffen wie die Grundanschauung des Socialismus.

Nicht also — wir widerholen es — mit der Redaktion der „Volks-Ztg.“ haben wir zu thun; denn diese hat von ihrem Standpunkte sachlich richtig und sie hat ferner ohne Gehässigkeit gesprochen; mit wem wir es zu thun haben, daß ist ihr Referent, der nicht nur Unwissenheit und Gedankenverwirrung, sondern auch — und dies gerade nöthigt uns zur Entgegnung — Gehässigkeit und Denunciationskunst an den Tag gelegt hat.

Wir sagen: Unwissenheit und Gedankenverwirrung. Begründen wir zunächst dieses harte Urtheil! Von einem Mann, der über national-ökonomische Vorträge kritische Berichte schreibt, muß man voraussetzen, daß er mit den Elementarbegriffen der Oekonomie im Reinen sei. Es kann nun nicht unsere Absicht sein, dem Herrn Referenten die vielen Unrichtigkeiten nachzuweisen, die sich in seinen Berichten finden; allein wir wollen einen der handgreiflichsten Punkte hervorheben, was genügend sein wird, die Berechtigung dieses Referenten, über ökonomische Dinge mitzusprechen, in gebührendes Licht zu setzen.

Bei Gelegenheit der Begriffsbestimmung von „unproductiver Consumtion“ hatte der Vortragende in Arnim's Hotel als Beispiel u. A. gesagt: Wenn das Holz im Ofen des Wohnzimmers verbrannt wird, wird es unproductiv consumirt (d. h. als Genußgegenstand); wenn es in der Küche für das Kochen der Speisen verbrannt wird, so wird es productiv consumirt (d. h. als Mittel zur Production). Der Referent der „Volks-Ztg.“ versichert, dies Beispiel sei falsch, in beiden Fällen liege productiv Consumtion vor (d. h. da er den Begriff von productiver Consumtion nicht kennt, so meint er, es komme nur darauf an, daß etwas nicht nutzlos zerstört werde und dann sei immer productive Consumtion vorhanden). Wer die Elementarjahre der Oekonomie kennt, der weiß, daß ein Student, der im Examen über den Begriff von productiver und unproductiver Consumtion im Unklaren ist, als ein verlorener Mann betrachtet muß, d. h. im Examen durchfällt. Kritische Berichte über national-ökonomische Vorträge aber glaubt man schreiben zu können, auch wenn man die Elementarbegriffe nicht kennt.

Dies genüge zur Kennzeichnung des ökonomischen Wissens des Herrn Referenten der „Volks-

Ztg." Und nun zur practischen Seite des oben abgedruckten Artikels! Denn diese practische Seite gerade ist es, die uns heute interessiert.

Der Herr Referent, nachdem er den Lassalle'schen Vorschlag für unausführbar erklärt hat, bemerkt:

„Wir sehen endlich ab davon, daß es als ein Abfall von der reinen Lehre des Socialismus zu bezeichnen ist, wenn Anhänger des Socialismus Hilfe von einer gegenwärtigen Regierung und nicht vom Volksstaat verlangen. Von der Regierung eines gegenwärtigen Staates, trotz allgemeinen gleichen Wahlrechts und Parlaments, darf wohl ein Bagener Hilfe fordern, nicht aber ein wirklicher Socialist. Die Arbeiter-Bataillone, welche Lassalle und Herr v. Schweiger und mit ihnen Herr Bagener in den gegenwärtigen Staat wie einen Keil einschleiben wollen, würden marschiren müssen im Dienste der jeweiligen Staatsgewalt, die ihnen Brod giebt selbst gegen die Freiheit.“

Zuvörderst muß hier constatirt werden, daß der Herr Referent sich eine Unwahrheit hat zu Schulden kommen lassen; eine Unwahrheit durch Behauptung einer falschen Thatsache und Verschweigung einer wahren. Er hat seinen Lesern verschwiegen, daß der Vortragende in Armin's Hotel, bevor er den Lassalle'schen Vorschlag entwickelte, im Allgemeinen untersuchte, wie man sich dem socialistischen Ziele zu nähern vermöge; daß er hierbei abwog, was sich für und gegen den gewaltsamen, revolutionären Weg sagen lasse und daß er darauf aufmerksam machte, daß wenn man im bestehenden Staat überhaupt agitiren wolle, man unter allen Umständen, auch wenn man etwa den revolutionären Weg für besser halten sollte, genöthigt sei, ein friedliches Programm aufzustellen, weil sonst einfach die Agitation zwangsweise unterdrückt werden würde. Referent hat verschwiegen vor Allen, was er unbedingt hätte sagen müssen, wenn er überhaupt über diesen Punkt referiren wollte: daß der Vortragende ausdrücklich betont hat, daß der sociale Vorschlag Lassalle's eine politische Vorbedingung hat, und zwar nicht nur das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht, welches im Innern Preußens noch nicht einmal durchgesetzt ist, sondern überhaupt freiheitliche Garantien; er hat verschwiegen, daß Kedner darauf hinwies, wie immer die Gefahr nahe liege, daß die Machthaber die Arbeiterfrage für ihre Zwecke ausbeuten könnten und wie daher durch Sicherstellung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse in dieser Beziehung ein Niegel vorgehoben werden müsse. Der Referent mußte, wenn er überhaupt über diesen Punkt berichten wollte, den Lesern der „Volks-Ztg.“ mittheilen, daß Lassalle und mit ihm der Vortragende in Armin's Hotel dem socialen Programm ein politisches vorausgeschickt.

Aber der Herr Referent hat nicht nur wahre Thatsachen verschwiegen, er hat auch falsche Thatsachen behauptet. In den Worten, daß man dem jetzigen Staate „trotz allgemeinem Stimmrecht und Parlament“ misstrauen müsse, liegt die Insinuation, als habe der Vortragende sich mit diesen Errungenschaften für befriedigt erklärt, während in Wirklichkeit derselbe, wie bereits bemerkt, im Gegentheil darauf hinwies, daß die erforderlichen Garantien erst noch geschaffen werden müßten.

So weit ist die Sache klar und einfach; es liegt nichts vor, als die alte, gegen Lassalle bereits zu dessen Lebzeiten gerichtete Verdächtigung der Reaction und der Vortragende aus Armin's Hotel darf sich nicht wundern, in den Spalten der „Volks-Zeitung“ neben Lassalle als Reactionär zu erscheinen. Diese alberne Poffe hat die Zugkraft, die sie bei der ersten Aufführung allerdings bewährte, jetzt nach ihrer hundertsten Aufführung längst verloren und inwieweit könnten wir uns also vollständig beruhigen. Allein die ganze Angelegenheit bietet noch eine andere Seite und hierauf möchten wir im höchsten Grade die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen lenken.

Seit einiger Zeit spricht man wieder von einer politischen radicalen Fraction der liberalen Bourgeoisie. Beiläufig gesagt, verdienen den Namen radical die meisten angeblichen Radicals gar nicht, denn das Geringste, was ein wirklicher politischer Radicaler erstreben kann, ist die blaue (Bourgeois-) Republik;

diese angeblichen Radicals aber wollen und zwar nicht etwa bloß als Aushängeschild, sondern meistens in vollem Ernst, daß „die preussische Verfassung eine Wahrheit werden“, daß sie „in demokratischen Sinne ausgebaut“ werden müsse und ähnliche Karrenstreuhe. Diese Radicals, welche bekanntlich auch ein Blatt in Berlin gründen wollen, beabsichtigen in Wahrheit nichts anders, als die alte Danaidenarbeit der Fortschrittspartei wieder aufzunehmen, d. h. es soll wieder möglichst viel spectaclirt und gar nichts gethan werden. Vor einem liberalen Mann des Bürgerthums muß man Respekt haben, aber dieser Respekt kann nicht nach seinem größeren oder geringeren Reduertalent, allerdings auch nicht nach dem größeren oder geringeren Maß seines Liberalismus (so daß man jeden „radicalen“ Schreibhals für einen ächten Volksmann halten müßte) bemessen werden, sondern dieser Respekt kann nur gezollt werden nach Maßgabe der größeren oder geringeren Thatkraft, des größeren oder geringeren Opfermuthes, womit ein politischer Mann für seine Ueberzeugung, für die von ihm vertretenen Volkskräfte, wie er sie einmal erkannt und erfaßt hat, auftritt.

Seit Jahren, seit Bestehen des Verfassungsconflictes, war an das liberale Bürgerthum Preußens die Pflicht herangetreten, mit Thatkraft und Opfermuth den Kampf aufzunehmen; aber die gesamte liberale Bourgeoisie Preußens, mitinbegriffen die Herren Radicals, haben das Gegentheil von Thatkraft und Opfermuth an den Tag gelegt und darum der Sache des Liberalismus die beispiellose, die namenlos klägliche Niederlage dieses Jahres zugezogen.

Aber mehr noch! Seit dem Bestehen der von Lassalle gegründeten social-demokratischen Partei ist ein Fall vorgekommen, in welchem die Anspannung der äußersten Kraft für die radicale Bourgeoisie heiligste Ehrensache war — wir meinen die Kölner Festangelegenheit. Aber, o Staunen! wen sah man damals, als es galt, auf dem politischen Schauplay: die Arbeiter unserer Richtung in erster Schlachtreihe, eine große Anzahl Kappelmänner in zweiter Schlachtlinie — die Herren Radicals aber wurden überhaupt nicht gesehen.

Diese Vergangenheit der Herren Radicals ist hinreichende Gewähr und Bürgschaft für ihre Zukunft. Wenn diese Herren sich zu einer geschlossenen Fraction constituiren, so wird man nichts weiter erleben, als eine zweite verschlechterte Auflage des „inacern Conflicts“; der Unterschied wird nur der sein, daß vielleicht — wir sagen vielleicht! — etwas lauter gesprochen wird. Gehehen aber wird sicherlich nicht mehr als zur Zeit der ersten Auflage.

Diese zweite Auflage aber wird darum schlechter sein, als die erste, weil die Schlagworte des preussischen Verfassungsliberalismus, wenn sie jemals Bündkraft hatten, diese Bündkraft jedenfalls durch taujendfältige nutzlose Wiederholung längst eingebüßt haben.

Aber freilich, das fühlen auch die Herren Radicals, und darum heißt es in der „Dresl. Ztg.“ Macht, Macht muß der Liberalismus sich erwerben. Und hier liegt der Hase im Pfeffer — hier sind wir am entscheidenden Punkt.

Denn was könnte uns veranlassen, uns gegen den liberalen Radicalismus zu wenden, so lange er in seiner Spähre bliebe und nicht die Geister zu verwirren würde? So lange der politische Radicalismus seiner Bestimmung gemäß und in Gemäßheit des Bodens, auf dem er wurzelt, sich darauf beschränkte, die Sache der politischen Freiheit zu vertreten, müßten wir zwar bedauern, daß dieser Radicalismus wähen kann, mit rein politischen Ideen heutzutage noch etwas anrichten zu können, müßten wir bedauern, daß die betreffenden Elemente des Bürgerthums nicht kurzweg offen und ganz in das Lager des Socialismus übergehen, müßten wir endlich die Ueberzeugung haben, daß das Streben dieser rein politisch radicalen Elemente ein erfolgloses sein müßte. Allein bei all dem könnten wir diese Radicals nicht für ein volksfeindliches Element halten, ja wären wir sogar verpflichtet, ihnen in ihrem Kampfe für die Freiheit zur Seite zu stehen.

Wären wir auch zehn Mal überzeugt, daß dies

nicht die Leute dazu wären, in freiheitlicher Beziehung etwas durchzusetzen, sondern daß sie nur eine zweite Auflage der Fortschrittleri zu Tage fördern müßten — dennoch müßten wir ihnen, so oft sie um der Freiheit willen mit dem Absolutismus collidirten, zur Seite stehen, wie wir in so weit den Fortschrittlern zur Seite stehen müßten und standen, wenn auch freilich, was aber nicht unsere, sondern jener Schuld war, nur selten. An jenen hat es gefehlt, an uns niemals.

Wir sagen also: Würden die „Radicals“ sich darauf beschränken, für die politische Freiheit aufzutreten, so wäre dies zu billigen; denn es ist ja immer noch besser, die Sache der Freiheit findet wenigstens verzagte und schlechte, als sie findet überhaupt keine Kämpfer oder ihre Kämpfer gehen in das Lager des Absolutismus über.

Aber der Radicalismus beschränkt sich nicht auf das politische Wirken. Also — so fragt man unwillkürlich — stellt er sich auch auf socialen Boden? Nein! Das geschieht nicht — sondern, und darin liegt das Verwirrende und Gefährliche, er thut nur so, als stelle er sich auf socialen Boden.

Der Herr Referent der „Volks-Ztg.“ gehört unverkennbar zu dieser Richtung, welche, da sie unsicher hin- und herstappt, da sie eine Lüge, eine Verstellung statt der Wahrheit und Offenheit auf ihr Programm schreibt, mit Recht sowohl von der „Volks-Ztg.“, als von uns bekämpft wird. Diese Richtung ist die haltloseste von allen — denn um „Macht“ zu erringen, möchte sie für eine socialistische gelten und hat doch wieder nicht den Muth oder die Gedankenklarheit, die Auffassung des Socialismus zur ihrigen zu machen.

Aber hier giebt es kein Mittel ding — schroff und unvereinbar stehen die Principien einander gegenüber:

Entweder man schreitet im Interesse der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf den jetzigen Produktionsgrundlagen voran, das will die Bourgeoisie — oder aber diese Grundlagen werden völlig umgestaltet im Interesse der Arbeit und der wahren Freiheit, das will der Socialismus.

Dazwischen giebt es nichts — man kann nur Bourgeoisökonom oder Socialist, nicht aber halb das Eine und halb das Andere sein.

Wenn man nun das, was die Herren Radicals zu sein vorgeben, wirklich ist, nämlich Socialist; wenn man also will, daß die Grundlagen der Production verändert werden; wenn man endlich durch zwingende Macht unter allen Umständen genöthigt ist, zunächst ein friedliches Programm aufzustellen, so tritt die Frage heran: Wann soll mit der socialen Reform begonnen werden?

In dem Staate, wie er jetzt ist?
Nein! Denn er bietet der Volksfrage keine Garantien.

In dem gegenwärtigen Staate?
Ja, sobald er jene Garantien bietet.

Oder sollen wir etwa warten, bis die Herren Radicals den preussischen Staat zusammen mit seinen Anhängseln in Trümmer geschlagen haben?

Nein, geehrte Herren, wir riechen den Braten. Ihr habt ein neues Mittel erfunden, die materiellen Forderungen der Arbeiter, da sie der Bourgeoisie, auf welcher auch Ihr fußt, zuwiderlaufen, auf's Unbestimmte hinaus zu verschieben und zu vertragen. Wir kennen das!

Man will uns Angst machen vor dem Herrn Geheimen Rath Bagener und seinen socialistischen Plänen.

Wir fürchten uns nicht. Im Gegentheil: es soll uns sehr angenehm sein, wenn es uns gelingen sollte, socialistische Volksvertreter ins „Norddeutsche Parlament“ zu bringen, und der Geheime Rath Bagener mit seinen Fractionsgenossen würde in einzelnen Fragen mit den Unsern stimmen; gerade wie es uns freuen würde, wenn in einzelnen Fragen Vertreter der liberalen Bourgeoisie unsere Stimmen verstärken würden. Aber alle diese Herren müßten zu uns kommen, nicht wir zu ihnen; wir, die social-demokratische Partei, und sicherlich auch unsere etwaigen Vertreter im Parlament, werden immer fest und sicher den eigenen Weg gehen. Wenn Andere zeitweilig ein